



Eine Mischung aus erneuerbaren Energien und herkömmlichen Kraftwerken, wie hier in Petershagen mit Photovoltaik (vorn), Biogas (Mitte) und Kohlekraftwerk (Hintergrund) und möglichst Windkraftanlagen soll die Energiewende voran bringen. Foto: Michael Nichau

»Energimix soll die Wende bringen«

Informationsveranstaltung zur Novelle des Energie-Gesetzes – Windrad-Investoren sind gefordert

Rahden/Stemwede/Espelkamp(WB). »Die Energiewende ist das, was Europa schon 2007 beschlossen hat«, merkte Professor Dr. Uwe Leprich in seinem Fachvortrag an. Der Rahdener SPD-Stadtverband hatte Leprich zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung in die Gaststätte »Am Museumshof« eingeladen.

Von Michael Nichau

Dass die so genannte Energiewende im heimischen Raum vor allem mit dem Bau von Windkraftanlagen für Unruhe sorgt, war an den Zuschauereinwendungen bei der Diskussion spürbar. Es meldeten sich Vertreter heimischer Bürgerinitiativen zu Wort, die den Bau dieser Anlagen verhindern möchten.

Wolfgang Klawitz aus Stemwede, Vorsitzender der BI »Veto!«, wollte wissen, »warum die Abstände von Windrädern zur Wohnbebauung so gering sind«. Die Abstandsregelungen seien in NRW Sache des Landes. Anderenorts – etwa im Saarland – könnten Städte und Gemeinden selbst die Mindestabstände festlegen, antwortete Gabriele Werner, Referentin der SPD-Bundestagsfraktion. »Aus Berlin wollen wir nicht so viele Regelungen vorgeben, damit vor Ort entsprechend der Situation gehandelt werden kann«, sagte sie.

»Die Entfernungen zu den Windrädern sind einfach zu gering«, kritisierte ebenfalls Ernst Lohmeyer von der Initiative aus Preußisch Oldendorf. In Schröttinghausen und Getmold werden derzeit Windräder errichtet »Das müssen Sie sich mal anschauen. Ich habe ein Foto aus meinem Wohnzimmerfenster mitgebracht«, richtete sich Lohmeyer an die Repräsentanten aus Berlin, unter ihnen der SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Post, der die Moderation übernommen hatte. »Das

nehmen Sie jetzt mit nach Berlin« schenkte er Post das Windradfoto. An Landrat Dr. Ralf Niermann richtete er harsche Kritik: »Ihre Behörde hat die Windräder genehmigt und ist auch dafür verantwortlich, dass möglicherweise Störche der benachbarten Horste durch die Räder getötet oder vertrieben werden«, warf er Niermann vor. Vom Tierschutz abgesehen gehe der Schutz der Menschen vor, entrüstete sich Lohmeyer.

»Die Energiewende ist politisch gewollt.« Das kam auch im Fachvortrag von Dr. Uwe Leprich, gebürtiger Espelkamper und heute Direktor des »Forschungszentrums Zukunftsenergie in Saarbrücken« mit 50 Wissenschaftlern, zum Ausdruck:

»Schon 2007 wurden Ziele definiert: 20 Prozent Kohlendioxid-Reduzierung, 20 Prozent Energieeinsparung und 20 Prozent Anteil von regenerativen Energien sollten bis zum Jahr 2020 erreicht werden. Heute haben wir bereits 25 Prozent Anteil der Alternativ-Energien erreicht«, bemerkte er. »Es gab auch schon vor der Atomkatastrophe von Fukushima Teilziele der alten Bundesregierung und einen Konsens über den Umbau des Energiesystems in Richtung CO₂-Minderung bis zum Jahr 2050«, sagte Leprich. Heute konzentrierte man sich politisch auf die Energiewende im Strom-Bereich, denn dieser stelle mit 47 Prozent den größten Anteil des CO₂-Ausstoßes dar. »Die Strom-Wende steht daher zu Recht im Zentrum der Aufmerksamkeit«, erläuterte der Experte. Da kaum noch Energie gespart werden könne, habe man sich jetzt das neue Ziel von 40 bis 45 Prozent Anteil an regenerativen Energien bis zum Jahr 2025 gesetzt. »Damit ist der Weg für die nächsten zehn Jahre vorgegeben«, sagte Leprich.

Netze ausbauen

Wind und Photovoltaik stünden dabei im Mittelpunkt der Betrachtung. »Diese sollen als Ersatz für alte Kraftwerke dienen. Es ist eine große Herausforderung, mittelfristig so die Hälfte des Stroms zu erzeugen«, erklärte der Experte, dessen Institut vor allem Politiker berät. Und: »Es gibt derzeit nichts Kostengünstigeres als Windkraftanlagen an guten Standorten.« Erforderlich sei dazu aber der Ausbau der Stromnetze und einer entsprechenden Infrastruktur. Erforderlich seien Netze, deren Verbund und Speichereinrichtungen für Energie. Das könnten neben Pumpspeicherwerken auch so genannte »Gas-Speicherblasen« für Wasserstoff sein.

»Wenn wir aber so viele Windkraftanlagen bauen wie geplant, dann ist klar, dass es an einigen Stellen Widerstand gibt«, machte der Referent deutlich. Vor allem der ländliche Bereich erweise sich jetzt als Energie-Region. »Bedarf und Ausbau passen allerdings noch nicht so recht zusammen, vor allem wenn man den Abstand zu den Ballungsgebieten bedenkt, in denen die Energie bevorzugt benötigt wird«, fand Leprich auch kritische Worte. Dementsprechend notwendig sei der Ausbau der Stromnetze. Dies seien ebenfalls Maßnahmen, die baulich vor allem die ländlichen Regionen betreffen. »Insellösungen sind für unsere Industriegesellschaft ungeeignet«, betonte der Fachmann. »Wir haben die so genannte Energiewende bestellt. Jetzt müssen wir sie finanzieren. Am Ende brauche ich Investoren, die jedes Jahr in Deutschland sechs Gigawatt an erneuerbaren Energien produzieren. Diese darf ich nicht durch Repressalien einer EEG-Novelle verschrecken.«